



DEUTSCHLAND-STUDIE

[Kommentare: 1]

Studenten: Schluss mit Studiengebühren

Die Diskussion um Studiengebühren in Deutschland reißt nicht ab. Gerade noch hat der Landtag in Hessen beschlossen, die eingeführten 500 Euro pro Semester wieder abzuschaffen, da schlägt eine bundesweite Studie unter Studenten in dieselbe Kerbe: 70 Prozent der Befragten wollen die verhassten Gebühren abschaffen und stellen immer lauter die Frage nach dem Sinn.

BERLIN - Die Wut vieler Studenten über Studiengebühren in Deutschland wächst. Die Universität Hohenheim hat eine Langzeitstudie veröffentlicht, aus der hervorgeht, dass 70 Prozent aller zahlenden Studierenden dafür sind, die Gebühren sofort wieder abzuschaffen. Für Franz Bozsak, Gründer des "Bundes der Studiengebührenzahler", keine Überraschung: "Das bestätigt, was wir auch beobachtet haben", sagt er zu tagesspiegel.de.

Vor einem Jahr hatten Bozsak, der in Stuttgart Luft- und Raumfahrttechnik studiert, und einige andere Kommilitonen die Idee, eine Instanz zu gründen, die das "System der Studiengebühren neutral erforschen" soll. Ein wichtiger Punkt für Bozsak ist die Frage, ob "sich die Sozialstruktur der Studiengebühren ändert". Wird das Studium also zu einem Privileg für reiche Kids?

Um dem auf den Grund zu gehen, will der Bund der Studiengebührenzahler auf seiner [Internetseite](#) alle Informationen zum Thema sammeln und vor allem für Transparenz sorgen. Dazu sollen die Mitglieder und andere Interessierte ihre Meinungen und Erkenntnisse über das Für der Studiengebühren in ein "Weißes Buch" und das Wider in ein "Schwarzes Buch" eintragen. Bozsak erhofft sich, dass die Studierenden "bundesweit geschlossen auftreten".

Von den Befragten der neuen Hohenheimer Studie haben nur 16 Prozent angegeben, für einen Erhalt der Studiengebühren zu sein. Sie gehören damit zu der Minderheit, die davon ausgeht, dass die umstrittenen Gelder ein verbessertes Lehrangebot ermöglichen. Denn immer deutlicher wird die Ablehnung, immer klarer die Vorwürfe: 74 Prozent der Befragten gaben an, bislang keine Verbesserung der Lehre durch die Zahlungen wahrgenommen zu haben.

Auch Franz Bozsak kritisiert, dass die Studiengebühren häufig nicht sinnvoll verwandt werden. Er würde sich wünschen, dass weniger Studenten in den Seminarräumen aufeinander hocken, dafür wären mehr Professuren und vor allem eine bessere Betreuung nötig. Das Geld aber scheint für andere Zwecke ausgegeben zu werden: In Heidelberg hänge mittlerweile in jedem Seminarraum ein Beamer, Nürnberg habe für "das Geld von 600 Studenten eine riesige Multimediaanlage gekauft, mit der man jetzt zwar wunderbar Fußballspiele sehen kann", den Mehrwert für die Lehre vermisste er aber weiterhin, empört sich Bozsak.

350 Millionen Euro nahmen die Unis im Semester ein

Für die neue Studie, den sogenannten [Gebührenkompass](#), interviewten die Hohenheimer Marktforscher im April und Mai dieses Jahres 6150 Studierende. Die Befragten sind an 54 Universitäten in sieben Bundesländern immatrikuliert, in denen die Studiengebühren-Pflicht besteht. Pro Uni wurden mindestens 100 Studenten befragt. ([Zur Gesamtauswertung](#))

Bei der Notenvergabe für ihre Universitäten werden klare Mängel deutlich: Für ihre Zufriedenheit mit der Verwendung der Gebühren vergaben die Befragten im Bundesdurchschnitt die Note 4,55. Ein Jahr zuvor war es noch eine 3,5. Unter den Ländern schneiden die Universitäten in Bayern, die im Durchschnitt auf eine Note von 4,27 kamen, sowie die baden-württembergischen Unis (4,43) noch am besten ab. Am Ende des Rankings befinden sich Hamburg und Nordrhein-Westfalen (beide 4,76).

Hauptkritikpunkt sind der Studie zufolge die fehlende Transparenz und Information über die Verwendung der Gelder. Außerdem ist die Sorge verbreitet, dass die Gebühren für Kürzungen der Hochschulmittel der Länder missbraucht wurden. Immerhin haben die Unis im vergangenen Semester insgesamt 350 Millionen Euro eingenommen.

Und genau hier ist der Punkt, an dem Franz Bozsak ansetzen will: "Wir kümmern uns nicht um die Frage: 'Studiengebühren ja oder nein?' Wir wollen Transparenz in diese Verfahren reinbringen". Morgen eröffnen Bozsak und seine Kollegen offiziell ihren Bund der Studiengebührenzahler. Und wenn genügend Menschen mitmachen und fleißig in das schwarze und das weiße Buch reinschreiben, dann, so Bozsak, werde man in ein zwei Jahren ja sehen, welches der Bücher dicker ist.

Quelle: tagesspiegel.de

© Universität Hohenheim, Lehrstuhl für Marketing, Prof. Dr. Markus Voeth (2008). <http://www.marketing.uni-hohenheim.de>

